

29.04.2022

## **Pressemitteilung zu der Kurzstellungnahme zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine**

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* verurteilt den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auf Schärfste. Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir sind solidarisch mit denjenigen, die unter dem Krieg leiden und auf der Seite derjenigen, die an Friedenslösungen arbeiten. Dieser Krieg erschüttert die Welt,

Als Reaktion auf die russische Aggression verhängen viele Staaten scharfe Sanktionen gegen Russland, allen voran die USA und die EU. Russische Konten, auch die der Zentralbank, wurden weitgehend gesperrt. Der russische Finanzsektor wurde mit einem Ausschluss vom Swift-Abkommen von den internationalen Finanzmärkten abgetrennt. Zwar deutet alles darauf hin, dass Sanktionen die russische Regierung kurzfristig nicht zum Stopp des Krieges bewegen werden. Dennoch muss der Sanktionskatalog der EU gezielt weiter verschärft werden – auch um die Verhandlungsbereitschaft Russlands zu stärken.

Durch den russischen Angriffskrieg erhält die Energiewende eine neue Dringlichkeit. Trotz der vielen sinnvollen Maßnahmen im „Osterpaket“ der Bundesregierung bleibt fraglich, ob diese ausreichen werden. Generell fehlt eine Energiesparoffensive, die rund 10 Prozent der Energieeinsparung relativ zügig realisieren könnte.

Kriegs- und sanktionsbedingte Knappheiten bei Rohstoffen, Nahrungsmitteln und industriellen Vorprodukten haben den durch die Pandemie ausgelösten Preisauftrieb noch weiter verschärft. Die Geldpolitik ist gegen diese Preissteigerungen machtlos. Entlastungsmaßnahmen für Bürger:innen sind notwendig. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* stellt fest: Die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungspakete gehen größtenteils in die richtige Richtung. Sie sind jedoch viel zu wenig gezielt sozial unausgewogen. Höhere Einkommen profitieren absolut am stärksten. Stattdessen müssten gerade Haushalte mit geringen Einkommen, insbesondere Alleinerziehende, Rentner\*innen und Bezieher\*innen von Grundversicherung, deutlich stärker entlastet werden.

In Deutschland ist viel von einer Zeitenwende die Rede. Gemeint ist damit offenbar in erster Linie der neue Aufrüstungskurs der Bundesregierung als Antwort auf den Krieg in der Ukraine. Jetzt soll ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro und dauerhaft hohe Militärausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts Teil der Zukunftsgestaltung werden. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* lehnt diese Aufrüstungspolitik strikt ab.

Zum 1. Mai veröffentlicht die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* das Memorandum 2022 „Raus aus dem Klimanotstand – Ideen für den Umbruch“. In der aktuellen Situation haben die Analysen und Forderungen der AAW noch einmal an Bedeutung gewonnen.

Die jetzt vorgelegten Pläne der Bundesregierung zeigen, dass der Staat enorme Summen an Finanzmitteln für sinnvolle Zwecke mobilisieren kann: Das zeigt: Die von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* seit Jahren geforderten Ausgabenprogramme für den ökologischen Umbau und die soziale Absicherung der Menschen sind nicht nur wünschenswert, sondern auch finanzierbar.